

Ebenfalls in der Provinz Sichuan, und zwar in Neijiang, demonstrierten im Dezember rd. 1.000 freigesetzte Arbeitskräfte und Rentner, und blockierten den Verkehr. Die Demonstranten wiesen darauf hin, daß die monatlichen Zahlungen der Fabrik in Höhe von 120 Yuan pro Monat nicht zum Leben ausreichten. Die Proteste waren zum Ausbruch gekommen, als die Elektrizitätslieferungen für die Wohnungen der Arbeiter, die zur Fabrik gehörten und die nicht mehr bezahlt worden waren, vom Elektrizitätswerk eingestellt wurden. Insgesamt hat die Fabrik noch 800 Arbeitskräfte, die beschäftigt sind, muß jedoch 700 Rentner sowie rd. 1.000 freigesetzte Arbeitskräfte versorgen. (SCMP, 17.12.99)

Um auf die schlechte materielle Absicherung reagieren zu können, wurden für 1999 bereits die Mittel im Staatshaushalt von 10 Mrd. Yuan auf 20 Mrd. Yuan angehoben. (Zhongguo Jingji Shibao, Beijing web site in Chinese, 6.12.99)

Als Problem stellt sich auch die Not der Bevölkerungsteile dar, deren Häuser aufgrund der Sommerüberschwemmungen zerstört wurden. Nach Meldungen des Internationalen Roten Kreuzes sollen Zehntausende in Süd- und Zentralchina den Winter in Zelten verbringen müssen. (IHT, 24.12.99)

Der Kampf gegen die Armut zählt dem Ökonomen Hu Angang zufolge zu den größten sozialen Herausforderungen. Hu geht von einer Anzahl von rd. 120 Mio. Bauern aus, die nach internationalen Standards unterhalb der Armutsgrenze leben. Die Regierung ihrerseits benennt eine Zahl von nur noch 40 Mio. Menschen als absolut arm.

Als Strategie gegen die Armut empfiehlt Hu die Erhöhung der Pro-Kopf-Einkommen der Bauernfamilien um rd. 30% bis zum Jahre 2005 sowie die Verbesserung ihrer Ernährungsgrundlagen. Bauern sollten Priorität bei der Vergabe von Arbeitsplätzen in ländlichen Bauprojekten der Regierung eingeräumt werden. Weiterhin sollte die Regierung mehr Anreize für ihre Beschäftigung in den Städten und bei der Gründung eigener Unternehmen bieten. Außerdem forderte Hu den Ausbau der Infrastruktur in den ländlichen

Gebieten, um dort die wirtschaftliche Entwicklung zu fördern. (SCMP, 6.12.99) -schü-

SVR Hongkong

33 Behörden genehmigen internationale Versammlung von Falungong-Anhängern

Am Wochenende des 11. und 12. Dezember 1999 versammelten sich annähernd 1.000 Falungong-Anhänger zu einer internationalen Konferenz in Hongkong. Unter den Teilnehmern befanden sich auch ausländische Staatsangehörige aus den USA, Kanada, Australien, Japan, Taiwan, Singapur, Großbritannien, Frankreich und Schweden.

In Hongkong genießt Falungong als offiziell registrierte Vereinigung legalen Status. Die Organisatoren hatten ihre Pläne für eine internationale Versammlung einige Tage zuvor den Sicherheitsbehörden vorgelegt und deren Genehmigung erhalten. Die Aktivitäten beinhalteten eine Kundgebung in Form einer großangelegten Falungong-Gruppenübung vor dem Büro der chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua im Stadtbezirk Happy Valley sowie ein eintägiges Symposium am Sonntag, das im zentral gelegenen Convention and Exhibition Centre stattfand. Teilnehmer übergaben einen an Jiang Zemin adressierten offenen Brief und forderten die chinesische Führung zum Dialog und zur Beendigung der Unterdrückung von Falungong-Anhängern auf dem Festland auf. Mehrere Male wurde von Seiten der Teilnehmer betont, daß die Falungong-Bewegung über keinerlei politische Agenda verfüge, sondern einzig für die Verbreitung moralischer Werte und gesundheitsfördernder Atemtechniken eintrete (SCMP, 8., 9., 10., 11., 12., 13.12.99; SWB, 12., 13.12.99).

Durch die offizielle Genehmigung dieser Veranstaltungen bestärkt, beantragten die Organisatoren außerdem die Erlaubnis für eine Kundgebung am darauffolgenden Tag, dem 13. Dezember, vor dem im Stadtzentrum gele-

genen Sitz des Sonderbevollmächtigten des chinesischen Außenministeriums für die SVR Hongkong. Auch diese Kundgebung wurde von den Sicherheitsbehörden genehmigt. An dem Tag versammelten sich zwanzig ausländische Falungong-Anhänger für eine halbstündige Protestveranstaltung vor dem Gebäude und hinterließen am Eingangstor eine Bittschrift, in der sie die Beijinger Führung aufforderten, mit Li Hongzhi persönlich zu Gesprächen zusammenzutreffen. Ihre Kundgebung schlossen sie mit einem kollektiven Gebet ab (SCMP, 10., 11., 14.12.99).

Daß es sich bei der Entscheidung der Hongkonger Behörden für eine Genehmigung der Kundgebungen um eine politische Gratwanderung handelte, machen verschiedene Stellungnahmen hochrangiger Politiker deutlich. Während einige Stimmen äußerten, die Abhaltung derartiger Kundgebungen sei unter dem Prinzip „Ein Land, zwei Systeme“ völlig problemlos, kritisierten andere prochinesische Kräfte, die Organisatoren hätten eben dieses Prinzip ohne Rücksicht auf politische Empfindlichkeiten ausgenutzt und dadurch der Volksrepublik einen „Schlag ins Gesicht“ versetzt, der die Beziehungen zwischen Beijing und Hongkong erheblich gefährde. Regierungschef Tung Chee-hwa und der Hongkonger Xinhua-Direktor Jiang Enzhu warnten im Vorfeld der Versammlungen die Teilnehmer mehrfach davor, anti-chinesische Aktivitäten zu entfalten oder gar zu versuchen, über die Grenze hinweg direkten Einfluß auf volksrepublikanisches Gebiet zu nehmen (SCMP, 8., 9.12.99; *Ta Kung Pao*, 9.12.99, nach SWB, 11.12.99; *Wen Wei Po*, 13.12.99, nach SWB, 14.12.99).

David Lan Hong-tsung, Minister der Sonderverwaltungsregion für Innere Angelegenheiten, beschrieb die schwierige Situation für die Hongkonger Regierung mit den Worten: „For example, people can sing if they have the right to sing. But some may think of something other than singing or doing something to make life difficult for the Government“ (SCMP, 13.12.99).

Nach den Bestimmungen des Hongkonger Grundgesetzes hat die Regierung der Sonderverwaltungsregion das

Recht, potentiell aufrührerische oder subversive öffentliche Aktivitäten zu verbieten. Hier war sie offenkundig vor das Dilemma gestellt, durch ein Zulassen der Falungong-Kundgebungen einen politischen Konflikt mit orthodoxen Kräften in der VR China zu riskieren, wo die Bewegung im Juli als illegale Organisation verboten wurde, oder durch ein Verbot der Kundgebungen die Autonomie Hongkongs vor der internationalen Öffentlichkeit in Frage zu stellen. Mit der Entscheidung für eine Genehmigung entschlossen sich die Behörden offensichtlich dafür, den internationalen Ruf der Autonomie Hongkongs nicht zu gefährden (SCMP, 9.12.99; AWSJ, 13.12.99). Es kann davon ausgegangen werden, daß dies auch im Interesse der Beijinger Führungsspitze lag, die im Vorfeld ihr Placet für die Abhaltung der Kundgebungen gegeben haben dürfte. -hol-

34 Beijings Auslegung im Verfassungskonflikt um Aufenthaltsrecht bestätigt

In dem vor dem letztinstanzlichen Berufungsgericht Hongkongs anhängigen Prozeß von 17 Zuwanderern vom Festland, die sich permanentes Aufenthaltsrecht erstreiten wollten, hat das Gericht Anfang Dezember die Beijinger Interpretation der entsprechenden Artikel zum Aufenthaltsrecht im Basic Law bestätigt. Im Januar 1999 hatte ein Hongkonger Gericht allen Kindern vom Festland, auch unehelichen, von denen ein Elternteil als Hongkonger Bürger gemeldet ist, das permanente Aufenthaltsrecht zugesprochen. Daraufhin hatte die Hongkonger Regierung die relevanten Artikel durch den Ständigen Ausschuß des NVK in Beijing auslegen lassen und mit Genugtuung zur Kenntnis genommen, daß Beijing die Bestimmungen eng auslegte und somit die Zuwanderung vom Festland streng begrenzt (vgl. C.a., 1999/2, Ü 31 und 1999/6, Ü 26). Damit hat das Gericht jetzt uneingeschränkt die Gültigkeit der Auslegung des Aufenthaltsrechts durch den Ständigen Ausschuß des NVK bestätigt. Es stellte zudem klar, daß die Auslegung auch rückwirkend seit dem 1. Juli 1997 anzuwenden ist. Die Beijinger Auslegung sei bindend, und die Hongkonger Gerich-

te seien verpflichtet, ihr zu folgen, hieß es in dem Urteil. In dem Prozeß hatten fünf Richter zu entscheiden, das Urteil wurde mit einer 4:1-Mehrheit gefällt.

Mit diesem Urteil wird die Politik der Hongkonger Regierung wie auch der festländischen Behörden bestätigt, die vorsieht, daß Festländer, die nach Hongkong übersiedeln wollen, bei den festländischen Behörden die Ausreiserechtigung beantragen müssen und daß die Einreise nach einem Quotensystem erfolgt. Außerdem wird Kindern das Aufenthaltsrecht verweigert, die geboren wurden, bevor ihre Eltern permanente Bürger Hongkongs wurden. Jetzt droht 6.000 bis 10.000 Menschen, die sich demnach illegal in Hongkong aufhalten, die zwangsweise Rückkehr zum Festland.

Während die Hongkonger Regierung das Urteil begrüßte, äußerten Rechtsexperten und Menschenrechtsaktivisten tiefe Besorgnis über das Urteil. Sie sehen in ihm eine Verletzung des Prinzips „Ein Land - Zwei Systeme“. Die Menschenrechte, so hieß es, die eigentlich durch das Basic Law garantiert seien, hingen nun von Beijings Gnade ab. Das Urteil bedeute realistischere eine Einschränkung der verfassungsmäßigen Rechte Hongkongs. Zwar könne kein Zweifel daran bestehen, daß Beijing das Recht der Auslegung des Basic Law zustehe, insofern könne Beijing kein Vorwurf gemacht werden. Die Schuld an dieser Situation liege bei der Hongkonger Regierung, die Beijing ohne Not um eine Auslegung gebeten habe, ohne daß Beijing dies gefordert hätte. Nun sei Hongkong praktisch der Zentralregierung in Beijing ausgeliefert, und weitere Einschränkungen seien abzusehen, wenn die Regierung sich jedes Mal, wenn sie bei einem Hongkonger Berufungsgericht unterliege, an Beijing wende. Hongkonger Regierungsvertreter bezeichneten den vorliegenden Fall jedoch als Ausnahme, man werde eine ähnliche Vorgehensweise äußerst selten anwenden. Überdies stellte die Regierung in Aussicht, die Fälle, in denen Antragsteller für permanentes Aufenthaltsrecht vor dem Januar-Urteil in Hongkong weilten, überprüft würden und möglicherweise bleiben könnten. (Vgl. SCMP, 3. u. 4.12.99)

Nicht nur die Hongkonger Regierung, auch die überwiegende Mehr-

heit der Hongkonger Bevölkerung begrüßt das Urteil, weil man der Meinung ist, zu viele Einwanderer würden die Bildungs- und Sozialhaushalte zu sehr belasten. -st-

35 Kritik am Einfluß von Schulstiftern

Für rund 9 Mio. HK-Dollar kann man in Hongkong eine neue Schule stiften. Stimmt die Regierung zu, dann legt sie normalerweise die zehnfache Summe der Spende für den Schulbau drauf. Obwohl die Regierung etwa 90% der Bausumme zahlt, hat sie auf die Schulverwaltung wenig Einfluß. Denn der Stifter hat nicht nur das Recht, den Schulleiter und anderes Personal zu ernennen, sondern ist auch berechtigt, die inneren Angelegenheiten „seiner“ Schule zu bestimmen. Die Stifter und die hinter ihnen stehenden Gruppen können ihre Schulen wie „unabhängige Königreiche“ verwalten, heißt es. Zwar sei es eine Minderheit unter den Stiftern, die ihre Rechte mißbrauchten und die Schule als ihr Eigentum betrachteten, aber es fehle an Transparenz und öffentlichen Kontrollen. Bemängelt wird darüber hinaus, daß etwa ein Drittel der Vorstandsmitglieder dieser Schulen zugleich in mehreren Schulvorständen sind und die meisten der von privaten Organisationen betriebenen Schulen keine Elternvertreter zulassen. In Anbetracht dieser Situation wird jetzt gefordert, die Vorstände solcher Schulen auf demokratische Weise zu erweitern und andere Gruppen wie Lehrer, Eltern, Pädagogen, Ehemalige, gewählte öffentliche Bedienstete und Schülervereine in die Vorstände aufzunehmen. (SCMP, 4.12.99) Nach Abschluß der gegenwärtigen Diskussionen über die Reform des Bildungswesens dürften auch diese Schulen einer Neuregelung unterworfen werden. -st-

36 Trendwende in der Wirtschaftsentwicklung?

Die wirtschaftliche Erholung Hongkongs wird inzwischen nicht nur durch die offizielle Einschätzung der Hongkonger Regierung, sondern auch durch ausländische Analysten bestätigt.

Für 1999 prognostiziert die Hong Kong General Chamber of Commerce

einen Anstieg des BIP um 1,8% gegenüber dem Vorjahr. Für das Jahr 2000 wird sogar mit einem Wirtschaftswachstum von 4% gerechnet. (ASWJ, 3.12.99)

Im 3. Quartal konnte das Wirtschaftswachstum aufgrund der Zunahme des Inlandsverbrauchs, der Exporte und der öffentlichen Ausgaben um 4,5% erhöht werden. Aufgrund dieser positiven Entwicklung war die ursprüngliche Prognose von 0,5% Wachstum auf 1,8% korrigiert worden.

Die Reexporte Hongkongs waren im 3. Quartal schnell gestiegen und führten dazu, daß die gesamte Exportzunahme mit 8% unerwartet hoch ausfiel. Trotz des schnelleren Wirtschaftswachstums hat sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt nicht wesentlich verändert. Die Arbeitslosenquote wurde mit 6,1% angegeben. (AWSJ, 25.11. und 29.11.99)

Auch Vertreter des Internationalen Währungsfonds bestätigten während eines Aufenthaltes in Hongkong Ende November, daß die Hongkonger Wirtschaft deutliche Zeichen der Erholung aufweist. Sie gehen von einem Wirtschaftswachstum von 1,25%, einem Rückgang der Verbraucherpreise von 4% sowie einer nahezu unveränderten Arbeitslosenquote im laufenden Jahr aus. Als positive Faktoren der Wirtschaftserholung im kommenden Jahr wird der Beitritt Chinas in die WTO, die Verbesserung der monetären Bedingungen aufgrund der abflachenden Deflation sowie die Verbesserung der weltwirtschaftlichen Situation gewertet. (SCMP, 1.12.99)

Die Trendwende in der Wirtschaftsentwicklung wird zumindest teilweise durch die Novemberdaten unterstützt. So verzeichneten die Exporte beispielsweise eine Zunahme um 10,3% gegenüber der Vorjahresperiode; auf die Reexporte entfiel eine Zunahme von 11,5% und auf die eigenen Exporte Hongkongs 2,3%. (XNA, 29.12.99) Für das Jahr 2000 prognostiziert das Hongkong Trade Development Council ein Wachstum des gesamten Außenhandels um 7% und der Exporte von 6%. (XNA, 14.12.99)

Auch die Tourismusbranche verzeichnete eine Erholung. So stieg aufgrund der zunehmenden Besucherzahlen im November die Belegungsrate der Hotels auf 88%, das waren 7% mehr

als in der Vorjahresperiode. Die Zahl der Touristen belief sich im November auf rd. 9,7 Mio. (+12,4%). (XNA, 29.12.99)

Im November verzeichneten die Verbraucherpreise einen Rückgang um 4,2%; für die gesamte Periode Januar bis November lag der Preisrückgang bei 3,8%. (XNA, 24.12.99) Nach vorläufigen Angaben des Hong Kong Census and Statistics Department sank jedoch auch im Oktober der Einzelhandelsumsatz. Gegenüber dem Vormonat lag der Rückgang des Umsatzes bei 5%; in den ersten zehn Monaten ging der Einzelhandelsumsatz um 3% zurück. (XNA, 24.12.99)

Der Optimismus scheint sich unter Vertretern der Hongkonger Wirtschaft wieder eingestellt zu haben. Dies zeigt eine Befragung des American Chamber of Commerce in Hongkong zur Einschätzung der Wirtschaftsentwicklung im kommenden Jahr. Von den befragten Mitgliedsunternehmen antworteten 84%, daß sie die Aussichten für Hongkong als „gut“ oder „zufriedenstellend“ im Jahr 2000 beurteilen würden. Für 1999 hatten 54% der Mitglieder der amerikanischen Handelskammer die Aussichten auf diese Weise eingeschätzt. Die Befragung wandte sich an 1.036 Unternehmensvertreter, von denen 393 antworteten.

Die Befragung machte auch deutlich, daß die Mitglieder von einer deutlichen Verbesserung des Geschäftsklimas ab dem Jahr 2001 ausgehen und daß sich positive Aussichten für Hongkong bis zum Jahr 2004 ausmachen lassen. Von den befragten Unternehmen wollen dementsprechend 53% ihre Geschäftsaktivitäten in Hongkong ausweiten; in letzten Befragungen waren dies 46% gewesen. Von den Unternehmen haben 75% ihre regionalen Hauptquartiere in Hongkong, und 81% antworteten, daß sie auch in Hongkong bleiben werden. Nur 15% der Unternehmen sind noch unsicher, ob sie Hongkong verlassen werden oder nicht. (SCMP 17.12.99) -schü-

SVR Macau

37 Portugal gibt Macau an China zurück

Kurz vor der Jahrhundertwende fand in Asien noch ein historisches Ereignis statt. Nach 442 Jahren kehrte die portugiesische Enklave Macau um Mitternacht des 19. Dezember an China zurück. Die Portugiesen, die als erste Europäer nach Asien gekommen waren, verließen den Kontinent als letzte. Die Rückgabe Macaus markiert „das endgültige Ende der westlichen Kolonialherrschaft über Asien“, so der chinesische Staatspräsident und Parteichef Jiang Zemin. (BR, 1999/12, S.28) Mit der Übernahme der Souveränität in Macau und der Gründung der Sonderverwaltungsregion Macau (SVRM) nach Hongkonger Vorbild konnte die VR China in diesem Jahr nach ihrem 50. Jahrestag am 1. Oktober ein weiteres Großereignis in ihrer jüngeren Geschichte feiern. In der Umsetzung des Prinzips „Ein Land, zwei Systeme“ von Deng Xiaoping nun auch in Macau, sieht die chinesische Regierung einen weiteren Probelauf für die rasche Wiedervereinigung mit Taiwan nach demselben Prinzip. So veröffentlichte die Nachrichtenagentur Xinhua einen Kommentar unter dem Titel „Die Erniedrigung ist beendet, die nationale Wiedervereinigung absehbar“. (Xinhua, 20.12.99, in SWB, 22.12.99; XNA, 21.12.99) Taiwans Führung verwarf diesen Modellcharakter umgehend.

Stolz hob die Regierung in Lissabon hervor, daß China ein Territorium ohne Budgetdefizite und ohne Schulden übergeben werde, obwohl gewaltige Summen für die Restaurierung von historischen Vierteln und Gebäuden und die Durchführung von Großprojekten wie den Bau neuer Schnellstraßen, Brücken und eines imposanten Kulturzentrums ausgegeben wurden. Um das drohende Risiko einer Abhängigkeit von China nach der Übergabe zu reduzieren, hat die portugiesische Verwaltung in den letzten Jahren verstärkt den Ausbau der Infrastruktur vorangetrieben. Seit 1991 sind umgerechnet knapp fünf Mrd.